



Der Vater des Jahrhunderts SPORT Seite 14

Wo Schuh liest: Die Kulturwoche im Blick Seite 11

derStandard.at/Panorama

## Prozess: „Nicht schuldig“ für den Bürgermeister

Steyr – „Wann fühlen Sie sich als Bürgermeister befangen“, wollte der Richter von Norbert Vögerl wissen. Der Ortschef von Windischgarsten überlegte: „Wenn ich ein persönliches Interesse habe.“ Dieses stellte der ÖVP-Politiker jedoch in Abrede, als er hauptberuflich als Immobilienmakler einer Bank Parzellen an einem rutschgefährdeten Hang vermittelte und dann als Bürgermeister dafür Baubewilligungen erteilte. In dieser Doppelfunktion sah der Richter sehr wohl eine Befangenheit. Amtsmissbrauch konnte der Schöffensenat am Landesgericht Steyr dem Angeklagten am

### GERICHT

Mittwoch aber nicht nachweisen. Vögerl wurde freigesprochen. Von vornherein hatte der Ortschef seine Unschuld beteuert. Erstens habe er keine Provision für die Vermittlung erhalten. Zudem sei der Bürgermeister trotz Baubehörde erster Instanz „inhaltlich nicht in das Bewilligungsverfahren involviert“ gewesen: „Da müssen Sie den zuständigen Sachbearbeiter fragen.“

Und dieser erklärte, wie es zu dem Bescheid kommen konnte, obwohl Auflagen nicht eingehalten wurden. Der eingeforderte Bebauungsplan für den Hang wurde dem Gemeinderat einfach nicht zum Beschluss vorgelegt. So diente der Entwurf nur als „Gestaltungsrichtlinie“. Eine leichte Abweichung davon hinderte den Bürgermeister nicht, die Baubewilligung zu unterzeichnen.

„Die Gerechtigkeit hat gesiegt“, kommentierte Vögerl das Urteil, das jedoch noch nicht rechtskräftig ist. (ker)

# Ärzte befassen EU mit E-Medikation

Es mangelt nicht nur am Patienteninteresse, die Ärztekammer wittert bei der E-Medikation auch neue vergaberechtliche Unregelmäßigkeiten. Die EU-Kommission soll nun entscheiden, ob ordentlich ausgeschrieben wurde.

Andrea Heigl

Wien – Die Ärztekammer läuft weiter Sturm gegen die E-Medikation – also die elektronische Erfassung der Medikamenten-Ausgabe, die die Sicherheit erhöhen und Mehrfachverschreibungen ausschließen soll. Derzeit wird sie im Rahmen von Pilotprojekten in Wien, Oberösterreich und Tirol getestet wird. Nun befassen die Ärzte die EU-Kommission mit dem Thema, konkret mit der Vergabe des gesamten Pilotprojektes. Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger wurde vom Bundesvergabeamt bereits zu 24.000 Euro Geldbuße verurteilt, weil die Software, die die Ärzte in ihren Ordinationen verwenden müssen, nicht ausgeschrieben worden war.

Der Hauptvertrag zwischen der pharmazeutischen Gehaltskasse und dem Hauptverband wurde vom Bundesvergabeamt nicht überprüft, weil eine Frist dafür abgelaufen war; geregelt ist darin unter anderem die Verknüpfung der Medikamenten- und Patientendatenbanken. Für die entsprechende Software gab es kein Vergabeverfahren, die Beteiligten berufen sich darauf, dass dies bei einem Vertrag zwischen zwei öffentlichen Auftraggebern nicht erforderlich sei. Die Ärztekammer sieht das anders: Die Gehaltskasse sei „der verlängerte Arm der Apothekerkammer“, sagte der damit befasste Rechtsanwalt Martin Oder dem STANDARD, und habe daher nicht die selben Aufgaben wie der Hauptverband. Außerdem könne sie diese Leistung ohnehin nicht selbst erbringen und habe sie von einem Privaten – konkret von Siemens – zugekauft. Die Ausschreibung sei daher „doppelt umgangen“ worden, sagt Oder.



Bunte Pillen, elektronisch dokumentiert: Mehr Sicherheit und weniger Mehrfachverschreibungen sollte die E-Medikation eigentlich bringen, bisher handelte sich der Hauptverband vor allem Brösel ein. Foto: AP

Der Rechtsanwalt geht davon aus, dass die Kommission in den nächsten Monaten darüber entscheidet, ob sie ein Verfahren einleiten wird. In der Regel wird der Republik in solchen Fällen eine dreimonatige Frist für eine Stellungnahme eingeräumt.

Die Ärztekammer veröffentlichte am Mittwoch außerdem Zahlen, die den Vizepräsidenten der Wiener Ärztekammer, Johannes Steinhart, schließen lassen, dass das Patienteninteresse völlig erlahmt sei. Nur zwei bis drei Patienten pro Tag hätten im Juli im Schnitt teilgenommen, für Steinhart „kommt das einer Bankrotterklärung für das Projektmanagement des Hauptverbands gleich“. Dieser hatte als Ziel 50.000 Teilnehmer angegeben, laut Ärzten sind es aber nur 6500. Eine adäquate Auswertung des Pilotprojektes E-Medikation ist daher für Steinhart unmöglich. Er fordert ei-

nen Stopp des aktuellen Projekts und eine Neuausschreibung. Die Wiener Ärztekammer will die E-Medikation nicht fortsetzen, so lange es kein Urteil der EU-Kommission gibt.

Im Gesundheitsministerium ist man nach wie vor „zuversichtlich, dass das Projekt zu einem guten Ergebnis kommen wird“, sagte ein Sprecher von Minister Alois Stöger (SPÖ) dem STANDARD. Der Hauptverband sei von der Bundesgesundheitskommission mit der E-Medikation betraut worden, und man gehe davon aus, dass er allfällige Probleme lösen werde. Der Minister hatte in Aussicht gestellt, mit dem Regelbetrieb der E-Medikation 2012 zu starten.

## Klagenfurt lebt vom Familiensilber

91,6 Millionen Euro Schulden sollen zwar abgebaut werden, es fehlt aber ein konkretes Konzept

Elisabeth Steiner

Klagenfurt – „Unser Ufo ist gelandet!“ Ergriffen begrüßten Klagenfurts Stadtpolitiker die Fertigstellung des riesigen, futuristisch anmutenden Fußballstadions für die Fußball-EM 2008. Heute ist der Glanz ab, das für 32.000 Zuschauer ausgelegte Stadion beginnt mangels attraktiver Fußball- und sonstiger Veranstaltungen langsam zu verfallen. Eine horrenden Kostenfalle für die finanzmarode Kärntner Landeshauptstadt bleibt der um rund 67 Millionen Euro vom damaligen freiheitlichen Landeshauptmann Jörg Haider und Klagenfurts Ex-Bürgermeister Harald Scheucher (VP) erzwungene Prestigebau allemal.

„Was sollen wir machen? Wir können das Stadion nicht einmal

wie ursprünglich vorgesehen zurückbauen“, klagt die Klagenfurter Vizebürgermeisterin Maria Luise Mathiaschitz. Denn dann würde der Bund seine Rückbau-Zusage über 15,5 Mio. Euro zurückziehen, und das Millionen-Desaster für die Steuerzahler würde erst recht schlagend.

Das Stadion ist nicht die einzige finanzielle Baustelle der Stadt Klagenfurt. Seit gut einem Jahrzehnt währt der Reformstau in der Kärntner Landeshauptstadt. Außer Oberflächenkosmetik sei bis heute kein klares Konzept erkennbar, meint die rote Vizebürgermeisterin, die mit der Klagenfurter FPK unter Bürgermeister Christian Scheider eine Zweckkoalition eingegangen ist.

### Reformagenda Klagenfurt

Das Klagenfurter Budget mit einer aktuellen Verschuldung von 91,6 Millionen Euro muss jedenfalls dringend saniert werden, seit langem steht auch eine Verwaltungsreform an, die zu nachhaltigen Einsparungen führen soll. Es sei zwar schon einiges passiert, doch beim FPK-Stadtregierungspartner sehe man bei der Umsetzung „keine Ernsthaftigkeit“.

Vor allem bei den Ausgaben für diverse Events attestiert Mathiaschitz der FPK-Stadtsenatsmannschaft keinerlei Sparwillen. FPK-Finanzreferent Albert Gunzer hingegen verweist auf eine Reduktion der Klagenfurter Schulden von rund zehn Millionen Euro gegenüber dem Voranschlag für 2010. Auch die Erhöhung der Kommunalsteuer hat mehr Geld in die leeren Kassen gespült als vorgesehen.

Weitere Privatisierungen sind in Klagenfurt derzeit kein Thema. Der Teilverkauf der Stadtwerke 2006 an den Verbund brachte immerhin rund 150 Millionen Euro. 65 Millionen davon wurden in einem stadteigenen Fonds angelegt. 15 bis 30 Millionen müssen jedoch jährlich zum Stopfen der dringlichsten Bud-

getlöcher angezapft werden. Damit schrumpft das Klagenfurter Familiensilber rasch zusammen. Das laut Vertrag mit dem Verbund zugesicherte Gasdampfkraftwerk, über das dieser gemeinsam mit der Stadt Klagenfurt in großem Stil Strom vor allem nach Norditalien verkaufen will, ist wegen zahlreicher Anrainer-Einsprüche blockiert. Kein Geld gibt es daher auch für ein neues Hallenbad, die neue Eishalle oder das neue Tiererschutzhelm. Drastisch gekürzt wird vor allem bei Sozial- und kulturellen Einrichtungen.

Auch bei der Demokratiereform gibt es keine Fortschritte. Zwar wurde die Zahl der Stadträte von neun auf sieben reduziert, doch das kann die Statutarstadt Klagenfurt nur gemeinsam mit dem Land umsetzen. Der Gemeinderat wurde geradezu kaltgestellt. Als massiv beurteilen Kritiker auch das Personalproblem der Stadt. Mitarbeiter, die sich politischen Wünschen nicht fügen wollen, würden gemobbt oder entfernt. Wie der frühere Magistratsdirektor Peter Jost, dem man ungerechtfertigte Zulagen vorwarf. Vor kurzem wurde er von allen Vorwürfen freigesprochen. FPK-Bürgermeister Christian Scheider war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Viel zu groß und viel zu teuer: Das Klagenfurter Stadion wurde um 67 Millionen Euro für die EURO 2008 gebaut, jetzt schnappt die Kostenfalle zu.

Foto: APA/Gindl



## KURZ GEMELDET

ÖSTERREICH/SLOWENIEN

### Bures bestärkt Lkw-Verbot im Karawankentunnel

Wien/Ljubljana – Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) verteidigt in einem Brief an ihren slowenischen Amtskollegen Patrick Vlačič das erweiterte Lkw-Nachtfahrverbot im Karawankentunnel in den Sommermonaten. Die Maßnahme sei aus Sicherheitsgründen notwendig, laut Gutachten fahren an diesen Wochenenden 30.000 Fahrzeuge durch den Tunnel, sonst 7000. Wie berichtet, drohen slowenische Frächter am Freitag mit einer Totalblockade. (red) Kommentar Seite 28

WIEN

### Stöger für Abtreibung in allen öffentlichen Spitälern

Wien – Abtreibungen sollen in ganz Österreich in öffentlichen Spitälern möglich sein. Das fordert Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) in News. Schwangerschaftsabbrüche sollen in allen Regionen angeboten werden. Vor allem, dass in Tirol und Vorarlberg kein öffentliches Krankenhaus Abtreibungen durchführt, ist Stöger ein Dorn im Auge: „Frauen werden nicht ernst genommen, wenn es in ganz Westösterreich kein Angebot gibt.“ Der Vorarlberger Landesstatthalter und Gesundheits-Landesrat Markus Wallner (ÖVP) lehnte am Mittwoch Stögers Forderung ab. (red)